

A2

# Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.  
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Margarete Bause (KV München-Stadt),  
Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt)

**Gegenstand:** **Für eine menschliche Flüchtlingspolitik:  
Verantwortung übernehmen,  
Herausforderungen gemeinsam schultern,  
Integration unterstützen**

---

## Antragstext

1 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit in Europa eine  
2 dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die Herausforderung entschlossen und  
3 gemeinsam auf der Grundlage der Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben  
4 wir einen zynischen Verschiebepbahnhof, in dem Flüchtlinge nicht mehr als  
5 Menschen wahrgenommen werden, die Krieg und Terror entflohen sind, sondern nur  
6 mehr als Problem, das am besten in die Nachbarländer abgeschoben werden soll.  
7 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen lehnen wir ab, denn sie sind kein  
8 Beitrag zur Bewältigung der Herausforderung sondern verschärfen nur das Elend  
9 der Geflüchteten. Die Flüchtlinge sind damit nicht aus der Welt, sondern das  
10 Problem wird nur in das jeweils nächste Land verlagert. Das klammheimliche  
11 Kalkül der großen Koalition, dass die Abschreckungspolitik von Orban zu einer  
12 Reduzierung der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, führt, ist eine  
13 Kapitulation der Menschlichkeit.

14 Die Aufgabe werden wir nur mit mehr Solidarität lösen und nicht mit weniger. Die  
15 Bürgerinnen und Bürger stellen ihre Solidarität tagtäglich unter Beweis, indem  
16 sie tatkräftig anpacken und Not lindern anstatt wegzusehen. Die sehr große  
17 Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland reagiert mit Offenheit und  
18 Hilfsbereitschaft, wie die Bilder aus München und anderen Städten und Gemeinden  
19 in den letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt haben. All denen, die mit angepackt  
20 haben, gilt unser Dank. Gleichzeitig muss das ehrenamtliche Engagement durch den  
21 Staat besser unterstützt werden.

22 Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Es geht darum, Hilfe und  
23 Unterstützung zu organisieren, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und  
24 zu versorgen und ihnen die Integration in unser Land zu ermöglichen. Wir Grüne  
25 stehen ohne Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht. Jeder  
26 Einzelfall zählt. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz  
27 in unserer Gesellschaft und müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

28 Den Menschen, die in erster Linie als Arbeitsuchende zu uns kommen und dabei aus  
29 Mangel an Alternativen den Weg des Asylantrags gehen, müssen wir Alternativen  
30 anbieten. Dazu gehört es zum einen, legale Wege der Arbeitsmigration zu  
31 schaffen, zum anderen die Lebensumstände in den Herkunftsländern zu verbessern,  
32 insbesondere für Roma. Dafür, aber auch bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus den  
33 Bürgerkriegsländern des Nahen und Mittleren Ostens sind alle europäischen  
34 Staaten aufgefordert Verantwortung zu übernehmen und sich einer solidarischen  
35 Lösung in Europa nicht zu verschließen. Die europäischen Regierungschefs müssen  
36 umgehend ein gemeinsames Hilfsangebot vorlegen insbesondere an die Balkanländer,  
37 Griechenland und Italien zur Unterstützung bei der menschenwürdigen  
38 Erstaufnahme.

39 Darüber hinaus muss die internationale Staatengemeinschaft unverzüglich und  
40 entschlossen auf eine deutliche Verbesserung der Situation in den  
41 Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten der Krisengebiete hinwirken.

42 Wir in Deutschland und in Bayern als wirtschaftliches starkes Land sind  
43 moralisch verpflichtet und faktisch in der Lage, einen substanziellen Beitrag zu  
44 leisten, um die gemeinsame Aufgabe zu lösen.  
45 Konkret fordern wir Grüne auf bundespolitischer Ebene:

#### 46 **1. Asylverfahren beschleunigen**

47 Derzeit sinkt die Dauer der Asylverfahren nicht, sondern sie steigt. Die von der  
48 Bundesregierung versprochene durchschnittlicher Verfahrensdauer von drei Monaten  
49 liegt in weiter Ferne. Das liegt an der Unfähigkeit des Bundesinnenministers  
50 endlich mehr Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
51 einzustellen. Aktuell müssen schnellstmöglich BeamtInnen aus anderen Bereichen  
52 verpflichtet werden. Ein zweiter Schritt wäre es, Flüchtlingen aus Ländern mit  
53 einer sehr hohen Schutzquote wie Syrien, dem Irak und Eritrea die Aufnahme als  
54 Kontingentflüchtlinge zu ermöglichen. Im dritten Schritt muss das unsinnige  
55 Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des Asylantrags nach drei Jahren  
56 vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die  
57 Verfahrensdauer auf ein akzeptables Niveau abgesenkt werden.

#### 58 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

59 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der Plätze in den  
60 Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für die Erstaufnahmeeinrichtungen  
61 ebenso wie für den Wohnraum, den Flüchtlinge anschließend benötigen. Dafür  
62 müssen schnell und unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung  
63 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Bereitstellung von  
64 Notunterkünften. Die Renovierung und Herrichtung muss schnell erfolgen,  
65 baurechtliche Standards sollen wo nötig abgesenkt werden, damit die Unterkünfte  
66 schneller verfügbar sind. Der Bund und das Land Bayern müssen schnellstens ein

67 Wohnbauprogramm auflegen, um günstigen Wohnraum zu schaffen, der auch den  
68 Wohnungsmarkt insgesamt entlastet.

### 69 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und Kommunen**

70 Die vom Bund angebotenen drei Milliarden Euro zur Entlastung der Ländern und  
71 Kommunen reichen bei weitem nicht aus. Der Bund muss sich dauerhaft und  
72 strukturell an den entstehenden Kosten beteiligen, etwa mit einer Pauschale, die  
73 pro Flüchtling gezahlt wird.

### 74 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

75 Damit Arbeitssuchende aus den Balkan-Staaten nicht den (weitgehend  
76 aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen müssen, wollen wir für die EU-  
77 Beitrittsländer Albanien, Serbien, Mazedonien und Montenegro sowie für die  
78 potentiellen Beitrittskandidaten Kosovo und Bosnien-Herzegowina Möglichkeiten  
79 schaffen, damit ihre Staatsangehörigen legal in Deutschland arbeiten können,  
80 angelehnt an die Freizügigkeitsregelungen der EU. Gleichzeitig soll die  
81 Bevölkerung in diesen Staaten verstärkt darüber aufgeklärt werden, welche  
82 Möglichkeiten und Chancen es für die Arbeitsmigration nach Deutschland gibt. Für  
83 die Roma in diesen Ländern muss es im Rahmen der Westbalkan-Strategie deutliche  
84 größere Anstrengungen, um ihre Lebensbedingungen dort zu verbessern.  
85 Asylbewerber, die voraussichtlich keinen Schutz in Deutschland bekommen, aber  
86 als Fachkraft identifiziert wurden, sollen die Möglichkeit des „Spurwechsels“  
87 bekommen; damit erhalten sie ein Aufenthaltsrecht zum Zweck der  
88 Erwerbstätigkeit.  
89 Deutschland braucht jetzt ein Einwanderungsgesetz, um jenseits des Asylrechts  
90 Einwanderung zu regeln und zu ermöglichen.

### 91 **5. Integration stärken**

92 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden lange hier  
93 bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie möglichst gut integriert  
94 sind. Gute Integration ist ein entscheidender Punkt im Hinblick auf das künftige  
95 Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass genügend Integrations- und  
96 Sprachkurse angeboten werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist von zentraler  
97 Bedeutung. Die meisten Flüchtlinge wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen  
98 und unsere Unternehmen können sie gut gebrauchen, auch weil viele Flüchtlinge  
99 gut qualifiziert sind. Wenn es gelingt, sie besser und schneller in den  
100 Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt  
101 verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand des gesamten  
102 Landes leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf angelegt, eine  
103 Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich machen. Das wollen wir ändern. Ein erster  
104 und wichtiger Schritt wäre es, die geltende Vorrangprüfung völlig zu streichen.  
105 Um die medizinische Versorgung sicherzustellen, müssen endlich die Regelung für  
106 eine Gesundheitskarte eingeführt werden, das ist ein Beitrag zum Abbau  
107 überflüssiger Bürokratie.

### 108 **Aktionsplan für Bayern**

109 Das Land Bayern ist gefordert, seinen Teil beizutragen, um die gemeinsame  
110 Herausforderung zu lösen. Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Land, die  
111 Menschen sind hilfsbereit, das haben sie in den vergangenen Wochen eindrucksvoll  
112 bewiesen. Wir haben genug Möglichkeiten und müssen sie nutzen, um den Weg frei  
113 zu machen für adäquate Hilfe und Angebote zur Integration. In einem Aktionsplan

114 für Bayern wollen wir den hier gegebenen konkreten Handlungs- und Hilfebedarf  
115 aufzeigen.

116 Im Jahr 2015 kommen geschätzt eine Million Flüchtlinge nach Deutschland, ein  
117 großer Teil davon über Bayern. Bayern braucht daher ausreichende eigene  
118 Kapazitäten in Ankunftscentren, von denen die Flüchtlinge dann in die  
119 Erstaufnahmeeinrichtungen und andere Bundesländer verteilt werden. Die in Bayern  
120 ankommenden Jugendlichen müssen besser geschützt und besser verteilt werden. Die  
121 Geflüchteten müssen zudem schneller integriert werden, ihre Potentiale müssen  
122 frühzeitig erkannt, gestärkt und an geeigneter Stelle eingesetzt werden.

123 Schnelles und engagiertes Handeln ist in Bayern vor allem in den drei Bereichen  
124 erforderlich: Aufnahme und Unterbringung; Betreuung und Integration sowie Abbau  
125 unnötiger und teurer Bürokratie.

#### 126 **1. Aufnahme und Unterbringung**

127 Wir brauchen weitere Ankunftscentren, die wie in München im 24-h-Betrieb  
128 Erstversorgung, Registrierung, medizinisches Erstscreening und Weiterleitung  
129 leisten.

130 Wir brauchen weiter dringend und schnellstmöglich mindestens eine Verdopplung  
131 der Erstaufnahmeplätze und -einrichtungen. Ein bayernweites  
132 Liegenschaftskataster mit geeigneten Grundstücken und Immobilien, die für  
133 Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden.  
134 Leerstehende Kasernen, Schulen, Krankenhäuser sind umgehend zu nutzen. Anstatt  
135 nur Forderungen an andere zu stellen, muss das Land Bayern sofort Immobilien aus  
136 seinem eigenen Bestand zur Verfügung stellen. Hier ist bislang zu wenig  
137 passiert.

138 Wir brauchen deutlich mehr Unterkünfte im Gemeinschaftssystem der Kommunen,  
139 dafür muss das Land mehr Unterstützung leisten, auch bei der  
140 Grundstücksbeschaffung helfen.

141 Wir wollen die Kommunen im Sinne der Solidarität verpflichten, dass sie eine  
142 Anzahl von Plätzen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, die bis zu zwei  
143 Prozent ihrer Einwohnerzahl entspricht.

144 In jedem Regierungsbezirk soll es ein Ankunfts- und Kompetenzzentrum für  
145 Jugendliche geben. Von dort sollen Flüchtlinge unter 18 Jahren möglichst schnell  
146 bayern- und bundesweit auf Clearingstellen weitervermittelt werden. Dadurch  
147 werden die Jugendämter der Landkreise entlastet.

148 Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, dass Privatpersonen geduldete  
149 Flüchtlinge und Flüchtlinge im Verfahren bei sich aufnehmen können. Es gibt  
150 viele Menschen, die dazu bereit sind. Sie sollen die Möglichkeit bekommen und so  
151 auch zu einer Entlastung bei der Unterbringung beitragen können. Flüchtlinge,  
152 die arbeiten, sollen sich generell selbst eine Wohnung suchen können.  
153 Bürokratische Hürden bei der Wohnungssuche müssen fallen.

154 Wir fordern, dass Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände einen  
155 internetbasierten Wohnungspool aufbauen, in dem Privatpersonen Zimmer oder

156 Wohnungen melden.

157 Um den absehbaren höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen, brauchen wir eine  
158 Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr Mittel für die  
159 Städtebauförderung zur Sanierung maroden Baubestands. Mindestens 50.000 neue  
160 Wohnungen sind notwendig, um Flüchtlingen ebenso wie andere Wohnungssuchenden  
161 günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zu verhindern, dass es eine  
162 Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und einkommensschwachen Teilen der Bevölkerung  
163 gibt.

## 164 **2. Betreuung und Integration**

165 Integration fängt mit Bildung an: Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer  
166 Ankunft in Bayern Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Neben der Schule und der  
167 Berufsschule, müssen alle Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt  
168 werden, um Flüchtlingen einen schnelleren Zugang zu Kitas, Weiterbildung und  
169 Hochschulen zu ermöglichen. Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre  
170 Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet  
171 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl der  
172 Integrationsklassen deutlich zu erhöhen und die Angebote an Integrations- und  
173 Sprachkurse erheblich auszuweiten.

174 Wir fordern ein Sofortprogramm für Bildung und Förderung von Flüchtlingen. Wir  
175 brauchen in einem ersten Schritt 50 Mio. Euro um 1.000 zusätzliche Lehrkräfte  
176 und Fachpersonal einzusetzen; um einerseits die Sprachförderung zu  
177 intensivieren, andererseits das Recht auf Berufsschulbildung umzusetzen, für den  
178 Aufbau einer Sonder-Mobilen-Reserve und den Aufbau eines multiprofessionellen  
179 Stützsystems.

180 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sollten wir  
181 unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten eröffnen. Durch Jobcoaches  
182 und die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und  
183 Berufsqualifikationen ist eine zügige Integration möglich. Im Bereich der  
184 beruflichen Bildung könnten offene Lehrstellen mit dem 3+2-Modell besetzt werden  
185 (Drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre Berufspraxis, bei gesichertem Aufenthalt).

186 Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten ehrenamtliche HelferInnen.  
187 Um sie und ihre wichtige Arbeit zu unterstützen fordern wir für jeden Landkreis  
188 eine hauptamtliche Stelle. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.

189 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden, um eine  
190 angemessene Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen.

191 Bei der Rekrutierung des Betreuungspersonals sollen verstärkt die Kompetenzen  
192 der Flüchtlinge selbst genutzt werden. Sie können eine wertvolle Hilfe bei der  
193 Betreuung und Unterstützung sein.

194 Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die Kosten sind auch  
195 Investitionen, an deren Ende uns viele gut qualifizierte Arbeitskräfte zur  
196 Verfügung stehen, die uns aufgrund des demografischen Wandels ansonsten fehlen

197 würden.

198 **3. Abbau unnötiger und teurer Bürokratie**

199 Die Kosten für die Kommunen und die Landkreise müssen derzeit einzeln  
200 nachgewiesen werden, bevor sie erstattet werden. Dieser enorme  
201 Verwaltungsaufwand bindet Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen. Deshalb  
202 fordern wir die Umstellung auf kostendeckende, pauschale Vergütung pro  
203 Flüchtling, wie dies andere Länder praktizieren. Auch die immer wieder  
204 geforderte Umstellung Geld- auf Sachleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
205 wäre ein bürokratischer Schildbürgerstreich.  
206 Wir fordern die Streichung des Nachrangigkeitsprinzips (bis 15 Monate nach  
207 Ankunft der Flüchtlinge) bei der Arbeitsaufnahme, da es nur dazu beiträgt,  
208 Stellenbesetzungen zu verzögern, und eine Streichung von Arbeitsverboten.

209 Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg, Bremen, NRW) eine  
210 Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen, mit der wir sowohl eine gute  
211 Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen als auch den derzeitigen  
212 Verwaltungsaufwand reduzieren.